

Beilage 10

Die Pariser Konferenz über internationale wirtschaftliche Zusammen- arbeit

Referat von Botschafter Dr. Paul R. Jolles, Direktor der Eidg. Handelsabteilung, an der Botschafterkonferenz - 2. Sept. 1976

I. Die Entwicklung der Nord-Süd-Beziehungen

Die Entstehung von rund 80 souveränen neuen Staaten in der Entwicklungswelt seit Ende des zweiten Weltkrieges stellt eine der grundlegendsten Veränderungen der weltpolitischen Strukturen der Gegenwart dar. Sie hat sich sowohl politisch wie wirtschaftlich auf die bestehenden Machtverhältnisse ausgewirkt.

Auf die erste Etappe der Entkolonialisierung und Erlangung der politischen Selbstbestimmung folgte die Gruppenbildung der Entwicklungsländer, um ihren Einfluss in den Vereinten Nationen und den internationalen Wirtschaftsorganisationen besser zur Geltung zu bringen. So entstand einerseits als politische Konstellation die Gruppe der Blockfreien (ursprünglich 25, jetzt 86 Staaten) und andererseits als wirtschaftliche Interessengemeinschaft an der ersten UNCTAD-Konferenz in Genf die Gruppe der "77", jetzt 113, Entwicklungsländer. Die internationale Konferenzdiplomatie sollte aber auch durch die Vervielfältigung der Wirtschaftsbeziehungen der Ueberwindung einseitiger Abhängigkeitsverhältnisse von ehemaligen Kolonialmächten dienen. Nach der Phase der politischen Profilierung als unabhängige Kraft zwischen den Grossmächten im West-Ost-Konflikt steht heute die wirtschaftliche Frontbildung ein-

- 2 -

deutig im Vordergrund. Weil die Entwicklungspolitik der Industriestaaten in ihrer traditionellen Ausprägung den wirtschaftlichen Rückstand der Entwicklungsländer nicht generell zu verringern vermochte - es ist eine ausgesprochene Differenzierung der Situationen eingetreten - sind die Entwicklungsländer zum Frontalangriff auf die internationale Wirtschaftsordnung der Nachkriegszeit angetreten. Die Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten, die von der UNO-Generalversammlung im Dezember 1974 mit Mehrheitsbeschluss gegen die Stimmen der Industriestaaten, ausser Schwedens, verabschiedet worden ist, stellt eine revolutionäre Gesamtkonzeption dar. Die im Konsensverfahren an der 6. Sondersession der Vereinten Nationen im Herbst des gleichen Jahres angenommene Resolution über eine neue Weltwirtschaftsordnung "New International Economic Order" trägt ähnliche Züge. Das marktwirtschaftliche, auf der Meistbegünstigung im Welthandel beruhende und auf die Währungsordnung von Bretton Woods abgestützte System habe die Industriestaaten begünstigt und die schwächeren Glieder der Weltwirtschaft benachteiligt. Es solle deshalb einer interventionistischen Ordnung weichen.

Die Stellung der Entwicklungsländer in der Nord-Süd-Auseinandersetzung ist politisch durch den für die Vereinigten Staaten demütigenden Ausgang des Vietnamkrieges und den erfolgreichen Einsatz der Erdölwaffe gestärkt worden. Gleichzeitig hat die Abhängigkeit der industrialisierten Welt von einer ausreichenden Energieversorgung sowie die Auswirkung der Rezession in den Industriestaaten auf die Entwicklungsländer das Phänomen der weltwirtschaftlichen

- 3 -

Interdependenz zum allgemeinen Bewusstsein gebracht. Vor diesem Hintergrund ist die Entwicklungspolitik aus dem traditionellen Geber - Nehmer-Verhältnis in die zentralen Zusammenhänge der internationalen Wirtschaftspolitik gerückt worden.

II. Ursprung und Besonderheit der KIWZ

Die Gestaltung der Nord-Süd-Beziehungen steht heute somit im Mittelpunkt der Arbeiten der meisten internationalen Wirtschaftsorganisationen: UN-GV, UNCTAD, UNIDO, FAO, ECOSOC, IWF, BIRD, regionale Entwicklungsbanken, GATT; OECD, Gruppe der Blockfreien (86), Gruppe der "77" (113). Die Pariser KIWZ nimmt insofern eine zentrale Stellung ein, als sie in einer kleineren, aber repräsentativen Gruppe von massgeblichen Entwicklungsländern und Industriestaaten einen Dialog über die Gesamtheit dieser Probleme durchzuführen sucht. Der Vorteil dieser neuen Konferenzmethode soll darin bestehen:

- a) dass in einer weniger politisierten Atmosphäre unter Fachleuten die Weltwirtschaftsprobleme analysiert und Lösungsmöglichkeiten diskutiert werden; jede Beschlussfassung soll durch Konsens erfolgen;
- b) dass die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Wirtschaftsbereichen berücksichtigt werden, also gewissermassen die Querverbindung zwischen den auf Handel, Währung oder Landwirtschaft spezialisierten internationalen Organisationen hergestellt und eine globale Betrachtungsweise erzielt wird;

- c) dass zwischen der sich als steril erweisenden Verabschiedung von UNO-Resolutionen und programmatischen Charten über eine neue Wirtschaftsordnung einerseits und den sachbezogenen und nur langsam vorankommenden Verhandlungen über Rohstoffabkommen, Handelserleichterungen oder internationale Finanzierungsmechanismen andererseits eine Zwischenstufe eingeschaltet wird mit dem Ziel, die Gemeinsamkeit der Interessenlage in einzelnen Bereichen herauszuarbeiten. Dadurch soll ein Annäherungsprozess im Sinne einer Einigung auf wünschbare Resultate ausgelöst werden, der die entsprechenden internationalen Verhandlungen im weltweiten Rahmen erleichtern und einen "dynamisierenden Effekt" ausüben würde.
- d) dass in diesem Rahmen erstmalig auch ein Gespräch zwischen Erdölproduzenten und -Konsumenten über die Weltenergiefrage und die Zusammenhänge, die zwischen der Energiepolitik und der Entwicklung der Weltwirtschaft bestehen, geführt werden kann.

Um die Konzentration auf bestimmte Sachfragen zu erleichtern, wurden vier Kommissionen gebildet, die mehr oder weniger gleichzeitig, aber unabhängig voneinander tagen, deren Arbeiten jedoch in ein Gesamtpaket ausmünden sollen. Die vier Kommissionen befassen sich mit:

- Energiefragen;
- Rohstofffragen;
- Entwicklungsfragen;
- Finanz- und Währungsfragen.

Es handelt sich bei dieser Konferenz somit nicht um eine neue Organisation oder um ein Direktorium, das die Arbeiten aller übrigen

- 5 -

Wirtschaftsorganisationen überwachen und koordinieren würde, sondern um einen auf ein Jahr befristeten Versuch, die weltanschaulichen Gegensätze in den Hintergrund treten zu lassen, eine dogmatische Versteifung zu verhindern und vielmehr eine pragmatische Verständigung in wichtigen Weltwirtschaftsfragen anzubahnen.

Mit der Erreichung der Halbzeit vor den Sommerferien geriet die Konferenz jedoch bereits in ernsthafte Schwierigkeiten, die ihren Erfolg in Frage zu stellen drohen.

Zuerst aber ein Wort, wie es zu diesem Versuch gekommen ist und weshalb sich die Schweiz daran beteiligt.

Als Folge der Embargopolitik der OAPEC lud die amerikanische Regierung im Februar 1974 eine Konferenz der wichtigsten Industriestaaten nach Washington ein, welche die Aufnahme von Verhandlungen über ein internationales Energieprogramm beschloss, die im Herbst 1974 zur Gründung der Internationalen Energie-Agentur führten, der auch die Schweiz, die zu den Verhandlungen nicht beigezogen worden war, mit einem ausdrücklichen Neutralitätsvorbehalt als Gründungsmitglied beitrug. Dieser Zusammenschluss der Erdölverbraucher sollte keine Spitze gegen die OPEC haben, sondern im Gegenteil die Voraussetzung für ein Gespräch zwischen Verbrauchern und Produzenten verbessern. Die Initiative für einen derartigen Dialog wurde vom Schah von Iran auf der einen und von Präsident Giscard d'Estaing auf der anderen Seite ergriffen. Es wurde dabei ursprünglich von der Möglichkeit einer Dreieckskonstellation ausgegangen: Erdölproduzenten, erdölimportierende Entwicklungsländer und Industriestaaten. Die Auswahl der Teilnehmerstaaten entsprach diesem Schema. Es zeigte sich jedoch

bereits an der ersten vorbereitenden Tagung in Paris im April 1975, dass die Entwicklungsländer und die OPEC-Staaten den Schulterschluss vollzogen und sich als solidarische Gruppe konstituierten, die eine Ausdehnung der Konferenzthemen auf sämtliche Entwicklungsfragen forderte. Indem die OPEC-Staaten ihre Verhandlungswaffe den übrigen Entwicklungsländern zur Verfügung stellten, konnten sie erzwingen, dass sich die Konferenz nicht auf das Energieproblem beschränkte. Die Gemeinsamkeit der Interessenlage der Industriestaaten und energieabhängigen Entwicklungsländer in der Erdölfrage konnte die politische Solidarität der Dritten Welt nicht aufwiegen.

Der Kreis der Teilnehmer an der KIWZ setzt sich aus 19 Entwicklungsländern und 8 Industriestaaten - im Grunde genommen 16, weil die EWG mit ihren 9 Mitgliedstaaten als Gemeinschaft auftritt - zusammen. Die Gruppe der 19 Entwicklungsländer umfasst 7 OPEC-Staaten. Das Gewicht dieser 27 Teilnehmer kann an der Tatsache gemessen werden, dass sie 72 % des Weltbruttosozialproduktes und 76 % des Weltexportes auf sich vereinigen.

Die Schweiz bewarb sich aktiv um eine Teilnahme, was nicht leicht durchzusetzen war. Sie tat dies aus folgenden Gründen:

- Wegen unserer besonders hohen Auslandsverflechtung werden wir durch eine Veränderung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in direkter Weise betroffen; wir müssen uns daher ein Mitspracherecht sichern, umso mehr als wir nicht damit rechnen können, dass unsere spezifische Interessenlage von den übrigen Teilnehmern vertreten wird. Zwar sind auch die USA, Japan und die Bundesrepublik der marktwirtschaftlichen Konzeption verpflichtet.

Ihre Argumentation kann aber durch einen neutralen Kleinstaat, dem keine machtpolitischen Hintergedanken unterschoben werden können, verstärkt werden.

- Die Schweiz ist weder Mitglied der UNO noch der internationalen Währungsorganisationen. Sie kann das ihr dadurch entgehende Mitspracherecht durch Teilnahme an den Arbeiten der KIWZ aufwiegen. Es handelt sich also nicht etwa um einen Schritt in Richtung UNO-Beitritt, sondern um die Ergreifung der Möglichkeit einer direkten Interessenwahrung ausserhalb der Weltorganisation.
- Die Schweiz ist auf dem Gebiet der Energieversorgung besonders verwundbar. Sie hat deshalb ein eminentes Interesse, sich überall dort einzuschalten, wo über internationale Energiefragen gesprochen wird. Die Teilnahme an der KIWZ ist eine logische Ergänzung unserer Mitgliedschaft in der IEA.
- Aussenpolitisch hat die Schweiz ein Interesse daran, dass Europa nicht nur durch die EG international in Erscheinung tritt. Indem neben der EG Spanien, Schweden und die Schweiz an der KIWZ teilnehmen, wird das Gewicht Europas verstärkt und gleichzeitig in der den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Vielfalt zum Ausdruck gebracht. Schweden gehört zu den in Entwicklungsfragen besonders "progressiven" Ländern, und Spanien steht selber eher im Lager der Entwicklungsländer. Die Schweiz stellt bezüglich der anzuwendenden Methoden ein marktwirtschaftliches Gegengewicht dar. Dabei waren wir uns allerdings bewusst, dass unsere Mitwirkung auch Risiken bringt, indem wir in Verhandlungen über wirtschaftliche Grundsatzfragen nicht die Vermittlerrolle spielen können, die uns aussenpolitisch naheliegt.

III. Heutiger Stand der KIWZ

Die während der ersten Phase bis zum Juli von der KIWZ erzielten Ergebnisse können wie folgt beurteilt werden:

- Die gemeinsam vorgenommene weltwirtschaftliche Lageanalyse hat zwar wenig neue Erkenntnisse gebracht, das Verständnis für die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge und die unausweichliche gegenseitige Abhängigkeit - die Interdependenz - jedoch zweifellos gefördert.
- Die Hoffnung, dass in der KIWZ Ansatzpunkte für vereinbarliche Lösungen gefunden werden können, hat die Diskussion in den internationalen Gremien, vor allem in der grossen UNCTAD-Konferenz in Nairobi, politisch etwas entschärft. Fortschritte im Dialog sollten nicht durch Konfrontation gefährdet werden.
- Ein echtes Gespräch ist allerdings bis jetzt nicht zustande gekommen. Immerhin hat die Tagung der hohen Beamten der KIWZ im Juli einhellig beschlossen, den Gesprächsstil in der zweiten Jahreshälfte zu wechseln und eine auf konkrete Ergebnisse ausgerichtete Verhandlungsphase einzuleiten, damit an der abschliessenden Ministerkonferenz im Dezember konkrete Beschlüsse gefasst werden können. Das diesbezügliche Arbeitsprogramm konnte in den meisten Punkten festgelegt, jedoch gesamthaft noch nicht verabschiedet werden. Dies führt uns zu einer Darlegung der eingetretenen Krise.

Formell ist die Schwierigkeit bei der Verabschiedung des Arbeitsprogramms für die zweite Jahreshälfte deshalb eingetreten, weil die Gruppe der 19 Entwicklungsländer in ultimativer Weise auf

Formulierungen für das Verschuldungsproblem und die Erhaltung der Kaufkraft der Exporterlöse (Indexierung) beharrte, die den Ausgang der weiteren Beratungen in einer für die Industriestaaten unannehmbaren Weise präjudiziert hätten. An und für sich wären jedoch genügend Ansatzpunkte vorhanden gewesen, um mit Aussicht auf Erfolg die Bemühungen für eine weitere Annäherung der Auffassungen fortzusetzen. Die Krise dürfte daher vor allem wegen der wachsenden Zweifel der Entwicklungsländer an der Glaubwürdigkeit des ganzen Vorgehens ausgelöst worden sein. Derartige Zweifel sind nicht ganz unverständlich, weil die Industriestaaten bis zur Stunde das Ausmass ihrer Verhandlungsbereitschaft nicht zu erkennen gegeben und das Programm der Entwicklungsländer nicht mit einer eigenen Konzeption beantwortet haben. Tatsache ist, dass die Einigung der Entwicklungsländer auf den grössten gemeinsamen Nenner wesentlich leichter zu bewerkstelligen war als die Einigung der Industriestaaten auf Eintreten oder gemeinsame und konstruktive Gegenvorschläge. Die seit Monaten in der OECD angestrebte Koordination ist stark im Rückstand. Hinter diesem Umstand steckt die grundlegende Frage, ob und inwieweit die politischen, wirtschaftlichen und psychologischen Verhältnisse der einzelnen Industrieländer das Erbringen von Leistungen von der Art und dem Gewicht, wie sie die Entwicklungsländer verlangen, überhaupt gestatten würden. Jedenfalls kann angenommen werden, dass im Schlüsselland USA hierfür die Bildung der neuen Regierung abgewartet werden muss. Eine weitere Schwierigkeit dürfte sich aus der damals bevorstehenden, nunmehr abgewickelten Konferenz von Colombo ergeben haben, da die "19" unter dem starken Druck der übrigen Entwicklungsländer stehen,

die in der Charta von Manila festgelegte gemeinsame Plattform getreulich zu verfechten. Wegen dieser ständigen Einflussnahme von aussen hat sich erwiesen, dass sich die Hoffnung, im kleinen Kreis sachlicher diskutieren zu können, sicher nicht in der gewünschten Weise erfüllen wird. Ein unvoreingenommen auf konkrete Probleme bezogenes Gespräch über wirtschaftlich sinnvolle Verbesserungsmöglichkeiten wird dadurch ausserordentlich erschwert, dass die Entwicklungsländer jede Abweichung von ihren Vorstellungen über die neue Weltwirtschaftsordnung als Beweis eines Mangels an politischem Willen bezeichnen, zu konstruktiven Lösungen Hand zu bieten. Es wird daher grosser Anstrengungen seitens der Industrieländer bedürfen, sich nicht nur auf eigene Vorschläge zu einigen, sondern überzeugend darzulegen, dass diese den wirtschaftlichen Interessen der Entwicklungsländer besser entsprechen als deren eigene Forderungen. Schliesslich droht eine gewisse Aenderung des Charakters der KIWZ einzutreten. Die Hervorhebung von zwei spezifischen Fragenkomplexen durch die Entwicklungsländer im Sinne einer "conditio sine qua non" könnte in die Tendenz ausmünden, die Globalität und Ausgewogenheit des Vorgehens zu vernachlässigen. Auch werden die im Dezember erwarteten Ergebnisse in ein Vokabular gekleidet (Beschlüsse, Entscheidungen, Verpflichtungen etc.), das den Verhandlungscharakter stärker hervorhebt, als ursprünglich beabsichtigt war.

Trotz all dieser Vorbehalte haben wir den Eindruck, dass gegenwärtig in den verschiedenen Hauptstädten die Nord-Süd-Probleme ernsthafter und intensiver geprüft werden als bisher und die Notwendigkeit einschneidender Massnahmen als unausweichbar angesehen wird. Dies be-

dingt, dass auch wir uns entsprechend vorbereiten. Gleichgültig, ob der Pariser Dialog weitergeführt werden wird - was aus schweizerischer Sicht sicher zu begrüßen wäre - oder ob der Schwerpunkt der Verhandlungen wieder bei den internationalen Wirtschaftsorganisationen liegen wird - die Bemühungen um eine Neugestaltung der Nord-Süd-Beziehungen werden unter steigendem Druck fortgesetzt werden müssen.

Um beurteilen zu können, über welchen Spielraum die Schweiz bei der Festsetzung ihrer Stellungnahme auf Grund ihrer eigenen Wirtschaftsstruktur und innenpolitischen Lage verfügt, soll die objektive wirtschaftliche Bedeutung der einzelnen Fragen, die im Vordergrund der Diskussion stehen, und deren Auswirkung auf die Schweiz kurz beleuchtet werden.

IV. Die Themen der Nord-Süd-Auseinandersetzung und die Haltung der Schweiz

Die Probleme lassen sich in sieben Hauptthemen gliedern.

- a) Wirtschaftlich an vorderster Stelle steht für die Entwicklungsländer die Neugestaltung der Rohstoffpolitik. 80 % ihrer Exporterlöse ziehen sie aus 12 Produkten (ohne Erdöl), die jährlich 30 Milliarden Dollar einbringen, dem Endverbraucher jedoch - so wird behauptet - auf das Sechs- bis Siebenfache zu stehen kommen. Die Entwicklungsländer wollen einen grösseren Anteil am Gewinn erzielen, durch höhere Exportpreise und durch vermehrte Durchführung der ersten Verarbeitung im eigenen Land. Eng damit

verbunden ist die Forderung nach einem Schutz der Kaufkraft der für die Einfuhr namentlich von Investitionsgütern benötigten Ausfuhrerlöse, also eine Art Preisindexierung.

Die Aufrechterhaltung der Importfähigkeit der Entwicklungsländer durch Verbesserung ihrer Exporterlöse ist aus schweizerischer Sicht wirtschaftlich sinnvoll, solange die Marktkräfte zwar diszipliniert, aber nicht ausgeschaltet werden. Für die Schweiz steht zudem die Sicherung der Versorgung zu ausreichenden Qualitäten im Vordergrund. Aus diesen Gründen nimmt die Schweiz zu den internationalen Bestrebungen zur Verbesserung des Rohstoffhandels grundsätzlich eine positive Haltung ein. Ihre Einflussmöglichkeiten sind allerdings beschränkt, da trotz der grossen Importabhängigkeit der schweizerische Rohstoffverbrauch, gemessen an der Weltproduktion, marginal ist. Was die Erhaltung der Kaufkraft der Rohstoffexporterlöse betrifft, ist dieses Ziel durch wirtschaftspolitische Zusammenarbeit und Inflationsbekämpfung und nicht durch eine wirklichkeitsfremde automatische Indexierung anzustreben.

- b) Ein zweiter Problemkreis betrifft die allgemeine Handelspolitik. Die Entwicklungsländer wollen vermehrt am Welthandel für Industriegüter teilnehmen, der dynamischere Expansionsmöglichkeiten als der Rohstoffhandel bietet. Sie sind der Auffassung, dass die Welthandelsregeln des GATT, die auf der Meistbegünstigung beruhen, die stärkeren Partner begünstigen und daher abgeändert werden müssen.

Die Schweiz hat traditionell grösstes Verständnis für die Bedeutung, die dem Aussenhandel beigemessen wird. Unser System der autonomen Zollpräferenzen zugunsten der Entwicklungsländer wird grosszügig, d.h. ohne wesentliche Einschränkungen, gehandhabt - doch nur im Sinne einer Starthilfe. Wir streben die Erhaltung eines einheitlichen und möglichst liberalen Welthandelssystems an. Das den Entwicklungsländern besonders auch von uns im GATT gezeigte Entgegenkommen soll diese Länder von der Nützlichkeit eines vertraglich abgesicherten Welthandelsregimes überzeugen.

c) In enger Verbindung dazu steht das Problem der Industrialisierung.

Die Entwicklungsländer, auf die die Hälfte der Weltbevölkerung entfällt, produzieren nur 7 % der Industriegüter; ihr Ziel ist, diesen Anteil auf 25 % zu erhöhen, um weniger importieren zu müssen, sondern mehr exportieren und zusätzliche Arbeitsplätze für die rasch wachsende Bevölkerung in den Entwicklungsländern schaffen zu können. Als Mittel soll die Technologie leichter verfügbar gemacht und die weltweite Arbeitsteilung durch bewusste Struktur- anpassungen in den Industriestaaten zugunsten der Entwicklungsländer verbessert werden.

Die Schweiz hat mit dem hohen Spezialisierungsgrad ihrer industriellen Produktion dieses letztere Postulat bereits weitgehend erfüllt. Gerade deshalb ist jedoch Technologie bei uns ein besonders wichtiges privatwirtschaftliches Gut - sozusagen der geistige Rohstoff, von dem wir leben. Die Uebertragung an die Entwicklungsländer kann nicht durch staatlichen Zwang, sondern nur auf kommerzieller Basis, im Rahmen einer verlässlichen Rechtsordnung und im Ausmass der bestehenden Ausbildungsmöglichkeiten erfolgen.

Daher unser Anliegen nach Schaffung eines günstigen Investitionsklimas, das den gegenseitigen Wirtschaftsinteressen am besten dienen kann.

- d) Ein weiteres vordringliches Problem stellt die Ernährung dar.

Die landwirtschaftliche Erzeugung in den Entwicklungsländern soll durch gezielte Finanzhilfe und Investitionen in diesem Bereich gefördert werden. Die rasche Aeuftnung des letztes Jahr von der FAO beschlossenen internationalen Landwirtschaftsfonds (IFAD) wird gefordert. Auch die Düngemittelproduktion, die vom Erdöl abhängig ist, soll in finanziell tragbarer Weise gesteigert werden.

Die Schweiz unterstützt diese Zielsetzung. Sie ist dem IFAD mit einem Beitrag von 20 Millionen Franken beigetreten.

- e) Ein weiteres, besonders dringliches Anliegen betrifft die Schuldentilgung. Die öffentliche Aussenverschuldung der Entwicklungsländer betrug 1975 134 Milliarden Dollar, und der jährliche Schuldendienst beanspruchte 18,5 Milliarden Dollar gegenüber einer staatlichen Finanzhilfe der westlichen Industrieländer von 13,6 Milliarden Dollar. Die öffentliche Schuldenlast konzentriert sich auf Länder wie Indien, Pakistan, Bangladesch, während bei der kommerziellen Aussenverschuldung Länder wie Brasilien, Mexiko, Aegypten, Korea und Algerien im Vordergrund stehen.

Die Aufrechterhaltung der Zahlungs- und Importfähigkeit der Entwicklungsländer stellt auch für die Schweiz wegen ihrer aktiven

Handelsbilanz gegenüber der Dritten Welt und ihrer umfangreichen Auslandsinvestitionen ein echtes Anliegen dar. Wegen unserer geringfügigen öffentlichen Finanzhilfe würde uns eine Schuldenkonsolidierung weniger kosten als anderen Geberländern. Umso grösser sind jedoch unsere kommerziellen Ausstände (die ERG-Garantien an Entwicklungsländer belaufen sich auf rund 6 Milliarden Franken), so dass wir einer Auflockerung der Zahlungsmoral und generelle durch automatische/Schuldenkonsolidierungsmassnahmen ebensowenig zustimmen könnten wie die übrigen Industriestaaten.

- f) Aus dieser Situation ergibt sich die Bedeutung, die dem Problemkreis Finanzierung und Währungsreform zukommt. Die Entwicklungsländer fordern einerseits einen massiven zusätzlichen Ressourcentransfer zu möglichst günstigen, den Schuldendienst wenig belastenden Bedingungen - also Finanzhilfe über die IDA; andererseits die automatische Schaffung vermehrter Liquiditäten im Zuge der internationalen Währungsreform.

In diesem Bereich verfügt unser Land zurzeit als Folge des ablehnenden Volksentscheides über den IDA-Kredit und des Engpasses der Bundesfinanzen über die geringste Bewegungsfreiheit. Mit 0,18 % des BSP stehen wir am Schwanz der Geberländer, deren offizielles Planungsziel 0,70 % und deren durchschnittliche Leistung heute 0,35 % beträgt.

- g) Zu diesen Problemen kommen nun die Energiefragen hinzu, sowohl unter dem Gesichtspunkte der langfristigen Sicherung der Versorgung und des Ersatzes für die Ausbeutung der nicht-erneuerbaren

mineralischen Reserven als auch unter demjenigen der Auswirkungen der Erdölpreise auf die Kostenstruktur der Weltwirtschaft und die Zahlungsbilanzen der einzelnen Länder.

V. Die Stellung der Schweiz im Nord-Süd-Dialog

Diese Aufzählung der im Nord-Süd-Verhältnis zur Diskussion stehenden Hauptprobleme zeigt, dass es sich hier tatsächlich um wesentliche Fragen handelt, von deren Lösung die Ueberwindung der Gleichgewichtsstörung in den Weltwirtschaftsbeziehungen abhängig ist. Die Forderung der Entwicklungsländer nach einer Verbesserung der Verhältnisse hat somit nicht spoliativen Charakter, sondern entspricht einer objektiven Notwendigkeit, der auch aus Sicht der schweizerischen wirtschaftlichen Interessenlage grosse Bedeutung zukommt. Wenn daher bezüglich der zu regelnden Sachbereiche und der anzustrebenden Ziele keine grundlegenden Meinungsverschiedenheiten bestehen, die zu Konfliktstoff werden könnten, gehen die Auffassungen über die Mittel und Massnahmen, die zur Erreichung dieser Ziele eingesetzt werden sollen, erheblich und zum Teil grundsätzlich auseinander. Was das Konzept der Entwicklungsländer für eine neue Weltwirtschaftsordnung - den New International Economic Order - so fragwürdig macht, ist seine interventionistische und dirigistische Ausgestaltung. Sie steht im Gegensatz zur Ueberzeugung, dass es für das marktwirtschaftliche System keine gültige Alternative gibt, dieses System jedoch verbessert und in seinen Auswirkungen auf die Entwicklungsländer im Sinne von präferenziellen Uebergangslösungen "korrigiert" werden kann.

Obschon ein Land wie die Schweiz die Verhältnisse nur marginal beeinflussen kann, wäre es falsch, auf eine eigene Stellungnahme in dieser grundsätzlichen Auseinandersetzung zu verzichten und sich auf den reinen Nachvollzug allfälliger Regelungen, die die anderen treffen, zu resignieren. Angesichts unserer begrenzten Bewegungsfreiheit wäre es jedoch verfehlt, die Solidarität der Industriestaaten zu durchbrechen und eine Sondertour einzuschlagen. Unsere notwendigerweise bescheidene Rolle kann darin bestehen,

- den Dialog in Gang halten zu helfen;
- einen Beitrag zum Abbau des gegenseitigen Misstrauens zu leisten;
- unsere eigenen Erfahrungen bezüglich der Vorteile eines möglichst freiheitlichen Welthandelssystems in die Diskussion einzubringen;
- bei den erforderlichen Massnahmen diejenigen Vorschläge zu unterstützen, die die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft verbessern oder am wenigsten beeinträchtigen;
- und schliesslich das Vertrauen der gemässigten Entwicklungsländer in eine nutzbringende Partnerschaft mit demokratischen Industrienationen zu stärken.

Es gilt aber nicht nur extern die Ernsthaftigkeit der Bemühungen, zu konkreten Lösungen zu gelangen, unter Beweis zu stellen, sondern intern hierfür die nötigen Voraussetzungen zu schaffen. Erfreulicherweise hat in den aussenpolitischen und Aussenwirtschaftskommissionen des Parlaments die Diskussion über diese Zusammenhänge bereits recht lebhaft eingesetzt. Diese Bewusstseinsbildung ist unerlässlich, denn nur wenn das Parlament überzeugt werden kann, dass die

politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Zukunft des Landes am besten durch eine aktive Teilnahme an einer verstärkten Nord-Süd-Zusammenarbeit gewährleistet werden kann, werden die entsprechenden Massnahmen durchzubringen sein. Die Sicherung der Finanzierung wird eines der Hauptprobleme darstellen. Eine weitere Schwierigkeit wird darin bestehen, in unserer Referendumsdemokratie beim Volk rechtzeitig einen Informationsstand herbeizuführen, der ihm eine realistische Beurteilung der Zusammenhänge in denjenigen Fällen ermöglicht, in denen es den letzten Entscheid zu treffen haben wird.